

Berichte

Jacques Schmitz

Koexistenz von Volkskirche und sozialistischem Staat in Polen

Von der «Konkurrenz» zur «Koexistenz»

Es war ein besonderer Besuch, den der Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Edward Gierek, im Dezember des vergangenen Jahres während seiner Italienreise bei Papst Paul VI. machte: allerdings nicht, weil er ein Unikum in den Beziehungen war, die der Vatikan mit den sozialistischen Ländern Osteuropas unterhält. Als Folge der «Ostpolitik», die unter Papst Johannes XXIII. eingesetzt hat, empfing Papst Paul schon früher Ostblockführer wie Andrej Gromyko (Außenminister der Sowjetunion), Podgorny (ehemals Staatspräsident der Sowjetunion), den jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito, die Parteileiter Ceausescu von Rumänien, Kadar von Ungarn, Schivkov von Bulgarien. Die Bedeutung von Giereks Besuch beim Papst liegt vor allem in dem besonderen Charakter des Verhältnisses zwischen dem polnischen Staat und der polnischen römisch-katholischen Kirche. Mehr als in irgendeinem anderen sozialistischen Land kann sich die Kirche in Polen auf den größten Teil der Bevölkerung stützen und wurden die Beziehungen zwischen Kirche und Staat jahrzehntelang von unversöhnlichem Streit gekennzeichnet. Auf der einen Seite die PVAP, die politisch und wirtschaftlich die Führung in der polnischen Nation beansprucht und sich als ersten Verantwortlichen bei der Verwirklichung der geschichtlichen Aufgabe der polnischen Arbeiterklasse betrachtet: beim Aufbau eines qualitativ neuen gesellschaftlichen Systems, des Sozialismus. Auf der anderen Seite die römisch-katholische Kirche mit einem fast gleich großen Anspruch auf die Führung in Polen, der nicht auf geistliche und moralische Fragen beschränkt bleibt.

Der Empfang Giereks im Vatikan war eine vorläufige Krönung der Entspannung zwischen Rom und den sozialistischen Ländern Osteuropas, insbesondere zwischen der PVAP und dem polnischen Primas Stefan Kardinal Wyszyński: ein Entspannungsprozeß, der

nach den harten Konfrontationen der fünfziger und sechziger Jahre erst richtig in Gang gekommen war, als nach den Dezemberrevolten von 1970 der Parteivor-sitzende Gomulka von Edward Gierek abgelöst wurde. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat haben sich inzwischen normalisiert, wenn damit der Pulverdampf auch noch nicht ganz aus der Luft ist. «Ohne es so zu nennen», sagte Miroslaw Wojciechowski, ein hervorragender polnischer Journalist und Parteimitglied vergangenes Jahr in einem Interview mit dem «Volkskrant», «haben wir in Polen den historischen Kompromiß verwirklicht: einen echten Kompromiß, bei dem von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht wurden.»

Eine Ähnlichkeit zu den Bemühungen der italienischen kommunistischen Partei (KPI) drängt sich auf. Die KPI sucht die Zusammenarbeit mit den Christen und der Christdemokratischen Partei Italiens und tut das genau so wie ihre polnische Schwesterpartei auf der Basis einer Analyse der Machtverhältnisse in der Gesellschaft. In ihren Auffassungen werden bestimmte Teile der christlichen Welt als (potentiell) progressive Kräfte angesehen und damit als Bundesgenossen beim Kampf für eine bessere Gesellschaft. Aber wo in Italien die KPI der wachsende Machtfaktor ist, der die christdemokratische Partei zu Kompromissen zwingt, ist in Polen der mächtige Koloß der römisch-katholischen Kirche geradezu der überall gegenwärtige Faktor, mit dem der Staat und die kommunistische Partei zu rechnen haben.

Schon als Kommunisten und Sozialisten, gesammelt in der PVAP, nach dem Kriege mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, war die römisch-katholische Kirche der wichtigste politische Gegenpol der neuen Staatsmacht. Beide Parteien fußen mit ihrer Halsstarrigkeit auf entgegengesetzten Zukunftserwartungen. In den Nachkriegsjahren war bei den Kommunisten die Idee lebendig, daß sich mit dem Aufbau des Sozialismus die Säkularisierung der Bevölkerung wohl von selbst durchsetzen und der Einfluß der Kirche automatisch schwinden werde. Die Kirchenführer hatten ihrerseits wenig Glauben an die Dauerhaftigkeit des Sozialismus und meinten, das System werde durch inländische Gegensätze und durch Druck von außen bald zusammenstürzen. Sowohl die Kirche wie der Staat suchte in dieser Lage den von ihnen erwarteten und gewünschten Prozeß zu beschleunigen, so daß diese zwei mächtigen Institutionen jahrelang einander nach dem Leben trachteten.

Durch die sich wandelnde Bevölkerungsstruktur stieg in der Volksrepublik Polen nach dem Zweiten Weltkrieg die Zahl der Katholiken auf rund 90 Prozent der Bevölkerung (bei der Volkszählung von 1930 wa-

ren es noch 75 Prozent). Von längst nicht allen als katholisch bezeichneten Polen kann gesagt werden, daß sie auch wirklich praktizierende Kirchenmitglieder sind. Weil statistisches Zahlenmaterial fehlt, ist man gezwungen, auf die Tauflisten zurückzugreifen, die natürlich kein glaubwürdiges Bild der heutigen Situation geben. Gewiß gilt aber für die meisten Polen, daß sie auf die eine oder andere Art und Weise im römischen Katholizismus verwurzelt sind, und dadurch hat die Kirche starken, zumal moralischen Einfluß auf das öffentliche Leben wie auch auf das Privatleben in der polnischen Volksdemokratie. Die Römische Kirche stützt sich noch immer auf den größten Teil der Bevölkerung und ist eine starke geistliche Macht, vor allem unter der oft konservativen Landbevölkerung, aber dort nicht allein.

Als die Kommunisten und Sozialisten in den Jahren 1944/45 an die Macht gekommen waren, rechneten sie anfangs denn auch ernsthaft mit dieser religiösen und gesellschaftlichen Lage. Das Manifest von Lublin (22. Juli 1944) garantierte u.a. die Gewissensfreiheit und die Rechte der katholischen Kirche. Rund ein Jahr später aber erklärte die Regierung der Nationalen Einheit das Konkordat von 1925 für außer Kraft, so daß die Rechtsstellung der größten Glaubensgemeinschaft in Polen und vor allem ihr Verhältnis zum Staat de facto seitdem nicht mehr geregelt waren. Das Fehlen von Normen war die Basis für eine Reihe von Konflikten, die auch nicht durch den Vertrag, den der polnische Episkopat und die Regierung nach langen Verhandlungen schlossen, verhindert werden konnten. Der verborgene Zwist entwickelte sich zwischen 1952 und 1955 zu immer offeneren Versuchen des Staates, die Kirche aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Seminare und katholische Fakultäten wurden aufgehoben, bei Hoch und Niedrig der kirchlichen Hierarchie wurden Geistliche verhaftet oder erhielten Hausarrest, wie Kardinal Wyszyński im Jahr 1953.

Seit 1956 taute das Eis etwas ab, die Haltung der Regierung wandelte sich. Im Mai 1957 erklärte z.B. der damals neue Parteiführer Gomulka, daß er die Notwendigkeit einer Koexistenz von Gläubigen und Nichtgläubigen, Kirche und Sozialismus, kirchlicher Hierarchie und Volksmacht einsehe. Der vergrößerte Spielraum wurde von der Römischen Kirche dazu benutzt, sich seit 1957 einen kräftigen Griff auf die Feier des tausendjährigen Bestehens des polnischen Staates zu verschaffen. (Das Jahr 966 gilt als Jahr der Entstehung der polnischen Nation; es fällt zusammen mit dem Jahr, in dem König Mieszko I. sich mit seinem ganzen Hof zum Christentum bekehrte). Damit bestritt die Kirche öffentlich und zum letzten Male die nationale Identität und politische Legitimation der

kommunistischen Regierung, indem sie die eigene römisch-katholische Feier des tausendjährigen Bestehens Polens im Jahr 1966 zum Höhepunkt der Konfrontation machte.

Seitdem wuchs langsam und notgedrungen eine gegenseitige Anerkennung des Daseinsrechts des anderen. Die Kirche sah die Dauerhaftigkeit der Staatsmacht ein, und eine zunehmende Zahl von Gläubigen erkannte das Gewicht der sozialistischen Errungenschaften und der gesellschaftlichen Perspektive an, die vom Sozialismus angeboten wurde. Partei und Staat ihrerseits nahmen die faktische ideologische Macht der Kirche hin und suchten nach Entspannung und Zusammenarbeit, nicht zuletzt deshalb, weil die politischen und ökonomischen Probleme nicht ohne die Stütze der römisch-katholischen Kirche gelöst werden konnten und können. Die tiefen geschichtlichen Wurzeln des Katholizismus in Polen sind nicht wegzuleugnen, so meint Janusz Stefanowicz, Chefredakteur der katholischen Tageszeitung «*Slowo Powszechnie*» (Allgemeines Wort), «sogar der hartnäckigste Atheist muß zugeben, daß in den tausend Jahren der Unabhängigkeit Polens die Kirche ein unablösbarer Teil der nationalen Identität, Kontinuität und Kultur geworden ist. Mehr noch: Die moderne Geschichte hat gezeigt, daß es dem Sozialismus, obwohl er mit seinem sozialen Programm Millionen von Gläubigen angezogen hat, nicht gelungen ist, eine einheitliche atheistische Gesellschaft zu schaffen.»

Nicht ohne Stolz bestätigte die Krakauer Wochenzeitung «*Tygodnik Powszechny*» (Allgemeine Wochenzeitung) zu Beginn dieses Jahres die Meinung von Stefanowicz mit einer Reihe von Zahlen. Am 20. Oktober 1977, so die katholische Wochenzeitung, gab es in Polen 19865 Priester; nämlich 15067 Diözesanpriester und 5798 Ordenspriester. Zur Illustration hier ein Teil der von «*Tygodnik Powszechny*» veröffentlichten Tabellen mit der Zahl der Seminaristen und Neupriester.

Seminaristen			
Jahr	insgesamt	aus den Diözesen	aus Orden
1971	4088	3097	991
1972	4130	3057	1073
1973	4174	3035	1139
1974	4216	3091	1125
1975	4385	3120	1265
1976	4705	3410	1295
1977	5058	3607	1451

Neupriester

Jahr	insgesamt	aus den	
		Diözesen	aus Orden
1971	480	356	124
1972	604	471	133
1973	557	450	107
1974	638	486	152
1975	606	455	151
1976	477	319	158
1977	438	341	97

Die Kraft der Volkskirche

Obwohl die polnische Kirche den Weg der offenen Opposition gegen den Staat verlassen hat, ist sie damit noch lange nicht der größte Freund des Sozialismus. Die Kirche in Polen war und ist eine durchweg konservative Kirche mit – bis hoch in die Hierarchie – nur einer kleinen Zahl religiöser Führer, die der Regierung mehr oder weniger positiv gegenüberstehen. Sie war immer schon eine konservative Kirche mit einem starken Marienkult und kennt denn auch kaum eine progressive theologische Strömung, wie es sie anderwärts in den römisch-katholischen Kirchen gibt. Die polnische kirchliche Hierarchie spürt übrigens auch keinerlei Drang, sich theologisch und liturgisch zu erneuern: jeden Sonntag sind die Kirchen voll, auch mit Jugendlichen, und wer ins Seminar oder ins Kloster will, kommt sogar auf eine Warteliste. Ein Luxus, den die Kirche in den meisten Ländern schon seit langem nicht mehr kennt.

In «Le Monde Diplomatique» (März 1978) nannte der Journalist Jean Offredo den polnischen Katholizismus eine Massenreligion, eine patriotische Religion, ein «mariales» und klerikales Christentum. Eine ziemlich umfassende Charakteristik. Die massenweise Teilnahme am religiösen Leben macht den polnischen Katholizismus fast zu einer echten Volksreligion, die trotz der Impulse liberaler katholischer Bewegungen (Clubs katholischer Intellektueller und von Zeitschriften wie «Znak», «Wiez», «Tygodnik Powszechny») vor allem auf einer starken Hierarchie und außergewöhnlichen Treue zu ihren Überlieferungen beruht. Den patriotischen Charakter entleiht der polnische Katholizismus der besonderen Stellung, die die Kirche in der tausendjährigen Geschichte des Landes immer eingenommen hat. Sie war die verbindende Kraft in der schweren Zeit, die Polen durchgemacht hat; sie war sogar so stark, daß die Gleichstellung «polnisch = katholisch» keine Übertreibung ist. Das Land war fast immer bedroht und bedrückt, eingeklemmt zwischen drei Großmächten – dem orthodoxen Rußland, dem lutherischen Preußen und den katholischen Österrei-

chern – und war lange Zeit eine «Nation ohne Staat». In diesen Situationen wurde die polnische Nationalität durch die Kirche zusammengehalten. Schließlich fällt auf, wie groß die Rolle und die Macht des Klerus ist, der ein fast altertümliches Ansehen genießt. Der Klerus ist noch immer der einzige Führer zur Wahrheit.

Das Bild der polnischen Kirche wird vollständig, wenn man auch noch ihre politische Rolle in diese Darstellung aufnimmt. Gerade durch den Massencharakter und die starke Führung ist die Kirche ein wichtiger Faktor im gesellschaftlichen und politischen Spiel, wenn sich das auch nicht auf parlamentarischer Ebene ausdrückt. Unter den 460 Abgeordneten des Sejm (Parlament) gibt es zwölf parteilose Katholiken aus drei Gruppierungen: «Znak» (Zeichen) mit fünf Vertretern, mit fünf Mann auch die «Pax-Vereinigung», und als dritte die «Christlich-Soziale Vereinigung» (CSS) mit zwei Abgeordneten.

Bisher entschied die Znak-Gruppe selbst, wer als ihr Abgeordneter ins Parlament kommen sollte. Bei den letzten Wahlen wünschte der Staat aber größeren Einfluß auf die Benennungen. Znak-Führer Stanislaw Stomma und seine Anhänger in Krakau wehrten sich dagegen und lehnten es ab, Sitze im Sejm einzunehmen. Andere, mit mehr Sympathie für den Sozialismus, ließen sich jedoch als Kandidaten aufstellen, u.a. um die Znak-Vertretung im Sejm nicht ganz in Gefahr zu bringen. Diese politische bzw. politisch-taktische Frage führte im eigenen Kreis zu einem hartnäckigen Streit, der noch immer nicht ganz beigelegt ist.

Vom Znak und von der Pax-Vereinigung sind Konstantin Lubienski bzw. Boleslaw Piasecki Mitglieder des Staatsrates. Obwohl sie sich in ihren Sympathien für den Sozialismus unterscheiden, sind die drei Gruppen keine Gegner des neuen gesellschaftlichen Systems. Jeder versucht auf seine Weise, die spezifischen Interessen der Kirche und der Christen im Parlament zu verteidigen.

Die katholische Stimme ist außer im Sejm auch aus den mehr als fünfzig Zeitungen und Zeitschriften zu vernehmen, die in Polen von katholischen Vereinigungen herausgegeben werden. Auch gibt es in Polen siebenzehn katholische Verlage, darunter den wissenschaftlichen Verlag der Katholischen Universität in Lublin, der einzigen katholischen Universität in ganz Osteuropa.

Die Kirche befaßt sich regelmäßig, wenn auch bisweilen indirekt, mit politischen Fragen: manchmal aus eigenem Antrieb, manchmal sogar «auf Bitten» der Regierung. Die PVAP mußte z.B. im Jahr 1976 unter Druck der Bischöfe mehrere bereits vorgenommene Grundrechtrevisionen abschwächen, vor allem die Passagen über «die führende Rolle der Partei im Staat».

te» und die «unverbrüchliche brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion». Auch mischte sich die Kirche direkt in die hochgehenden Unruhen bei der plötzlichen drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise. Im Juni 1976 führte die angekündigte Preiserhöhung zu wilden Ausbrüchen, zumal unter den Arbeitern in Radom und Ursus, die Ministerpräsident Pjotr Jaroszewicz zwangen, noch am selben Abend den Regierungsbeschuß zurückzunehmen. Nach den Juniunruhen sandte Kardinal Wyszyński einen sechs Seiten langen Brief an den Ministerpräsidenten, von ihm selbst und dem Sekretariat des polnischen Episkopats unterzeichnet, in dem er sich für die «ehrlichen» Arbeiter und die Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) einsetzte, die in den Monaten nach den Unruhen im Gefängnis saßen. Die polnische Bischofskonferenz nahm aber am 9. 9. 1976 nicht nur eine kritische Analyse des Regierungsvorgehens beim Preismanöver vom Juni 76 vor, sondern brachte auch Verständnis auf für die Komplexität der Situation, rief die Gläubigen zu «stärkerem Einsatz und ehrlicher Arbeit» auf und bat sie sogar um «Bereitschaft, Opfer für das Gemeinwohl und die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung zu bringen».

Damit ist die Haltung der kritischen Distanz und der Mitverantwortung der polnischen römisch-katholischen Kirche genau bezeichnet. In dem Bewußtsein, daß die Regierung die ökonomischen und politischen Probleme ohne Stütze der kirchlichen Führer nicht bewältigen kann, hofft Wyszyński im Tausch gegen seine konstruktiven Beiträge auf eine größere religiöse Freiheit. Die Kirche trägt Verantwortung für die Moral, erklärte der Kardinal mehrere Male beim Jahreswechsel, und «es ist nötig, den Gedanken zu überwinden, daß keine Beziehung bestehen könne zwischen dem wirtschaftlichen Leben und der christlichen Moral». So stützt die Kirche, auch auf Drängen des Staates, den Aufruf zur verbesserten und erhöhten Produktion, zur Hebung der Arbeitsmoral, durch die die Polen ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden versuchen.

Mit Nachdruck erklärt Kardinal Wyszyński immer wieder, daß die Kirche für ihre Hilfe keinen größeren Einfluß auf die Staatsmacht fordert. «Die Kirche verlangt nicht das Recht, die materielle Ordnung auf dieser Erde zu regieren, noch will sie eine Autorität über die Wirtschaft...», sagte er im Dezember 1977, und einen Monat später bekräftigte er noch einmal: «Die Kirche streckt ihren Arm nicht nach der Macht aus, sie

will kein Staat im Staate sein.» Die Kirche ist mehr auf Zusammenarbeit mit dem Staat ausgerichtet als auf öffentliche Opposition; denn ihre Bewegungsfreiheit hängt ab von einer «harmonischen» Beziehung zur kommunistischen Obrigkeit. Deshalb auch engagiert sich die Kirche nicht allzu enthusiastisch bei den Aktionen intellektueller Dissidenten wie denen des KOR. «Die Kirche arbeitet zwar parallel mit dem KOR», sagt der polnische Journalist Wojciechowski, «aber ohne Absprache und immer einen halben Schritt hinterher. Die Kirche macht von der Lage Gebrauch, einige ihrer eigenen Dinge schneller zu regeln; aber sie wünscht nicht, daß jemand ihr den Wind aus den Segeln nimmt. Kardinal Wyszyński macht die Opposition zu seinem Monopol und gibt sie nicht aus den Händen.»

Solange es noch in seiner Macht liegt, bleibt das Verhältnis «harmonisch». Aber Wyszyński ist alt, und es gehen Gerüchte um, er leide an einer ersten Krankheit. Wie dem auch sei, einmal wird er seinen Platz einem andern überlassen müssen, und sein wahrscheinlichster Nachfolger ist Kardinal Wojtyła von Krakau, der als militanter Antikommunist bekannt ist. So sagte Wojtyła einmal vor Pilgern in Kalvaria bei Krakau, die Kirche müsse sich gegen den «amtlichen Atheismus» in den Schulen zur Wehr setzen (wo kein Religionsunterricht mehr gegeben werden darf), weil sie auf dem Standpunkt steht, daß der Unterricht durch die *Nation* finanziert wird. Und die *Nation* ist nicht atheistisch, sagt Wojtyła, sondern katholisch. Regierung und Partei sind seiner Auffassung nach nur eine kleine Minderheit, der nicht erlaubt werden darf, ihren Willen dem ganzen Volk aufzudrängen.

Als Primas wird Wojtyła, wenn er den Einfluß nicht verlieren will, sein militantes Auftreten wohl abschwächen müssen. Militante Haltung, so hat sich in den dreißig vergangenen Jahren gezeigt, liefert keine positiven Ergebnisse, weder für die Kirche, noch für die polnische Nation.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Dr. Heinrich A. Mertens

JACQUES SCHMITZ

1946 in Rotterdam geboren, Atheist. Journalist in der Auslandsredaktion des «Volkskrant», Spezialist für Osteuropafragen, Der «Volkskrant», früher Eigentum der katholischen Gewerkschaftsbewegung, kann heute als progressive sozialdemokratische Tageszeitung charakterisiert werden. Er ist das drittgrößte Blatt der Niederlande. Außerdem ist Jacques Schmitz Mitarbeiter der «Oost Europa Verkenning», einer Zeitschrift, die ein Gegengewicht zu schaffen sucht gegen die meist einseitige Information, die in Westeuropa über die sozialistischen Länder des Ostblocks verbreitet wird. Anschrift: Cornelis Mertensstraat 32, NL-3553 JS Utrecht, Niederlande.